

Zum Einstieg in seine Ausführungen stellt Herr Strack klar, dass es keine Hebesatzsatzung geben wird. Trotz Hochkonjunktur der letzten Jahre sei in Eitorf kein ausgeglichener Haushalt erreicht worden. Die Planungen aus dem Nachtragshaushalt würden ein Defizit von 1,9 Mio. für 2020 ausweisen. 2008 sei man mit einem Eigenkapital von 46 Mio. Euro gestartet und bewege sich nun bei 26,6 Mio. Euro. Mit dem HSK sei 2013 begonnen worden. Einige Maßnahmen, wie z.B. die Erhöhung der Parkgebühren, seien dort angesprochen worden. Dies werde man Anfang des Jahres besprechen müssen. Der Haushalt müsse 2022 „nachhaltig“ ausgeglichen sein.

Einer der zentralen Bausteine sei die sukzessive Anhebung der Hebesätze. Perspektivisch ändere sich die Lage zum Haushalt 2020 deutlich. So flache die Hochkonjunktur ab. Dies sei auch in Eitorf nach Jahren deutlicher Überschüsse bei der Gewerbesteuer spürbar. Nun stelle sich die Planung im Rahmen des Nachtrags 2019 als Punktlandung heraus. Die „Kurve nach oben“ flache nun deutlicher ab. Unter Hinweis auf nähere Einzelheiten schildert er einen Anstieg der Personalkosten. Die Planungen aus dem Nachtrag werden um rund 400.000 Euro überschritten. Die Gründe seien vielfältig, z.B. Lohnzuwächse und gesetzliche Anforderungen in verschiedenen Bereichen. Er nennt einige Beispiele und den dadurch bedingten personellen Mehraufwand. Das Fehlen von Personal an anderer Stelle bedinge, dass Aufgaben auch ausgelagert werden müssten. So sei heute ein Auftrag zur Ausführung des Schließdienstes an den Schulen vergeben worden. Weitere Mehrkosten entstünden durch strengere Anforderungen an den Brandschutz oder durch erhöhte Sicherheitsanforderungen bei öffentlichen Veranstaltungen. Alleine die Umsetzung des vom Rat beschlossenen Brandschutzbedarfsplanes bedinge eine Erhöhung der Ausgaben von 273.000 Euro in 2008 auf 592.000 Euro in 2017. Somit habe man zwar eine Verdoppelung der Ausgaben, aber keine Verdoppelung der Einnahmen. Zudem bedingten die hohen Investitionen auch ein Mehr an Personal für die Umsetzung und Abwicklung der Maßnahmen. Ein steter Anstieg der Baukosten in Zeiten der Hochkonjunktur müsse ebenfalls berücksichtigt werden. Zwar sei die Finanzierung günstig, gleichwohl bedinge diese unter Hinzurechnung der Abschreibungen eine jährliche Mehrbelastung von 80.000 bis 90.000 Euro. Im Verlauf seiner Ausführungen wiederholt Herr Strack seine Aussagen aus der letzten Ratssitzung und mahnt insbesondere eine Kostenerstattung an für Aufgaben, die von Bund oder Land auf die Kommunen abgewälzt wurden.

Im Grunde könne man die Entwicklung so nicht laufen lassen und einfach bis zum Jahr 2022 abwarten. Es gelte kritisch zu hinterfragen, wie man mit der Gesamtsituation umgehe. Es gebe zwei Möglichkeiten.

*Vorschlag 1:*

Erarbeitung einer Vorschlagsliste mit verschiedenen Maßnahmen und Beschluss hierüber im Rat im Rahmen des Haushaltes.

*Vorschlag 2.*

Im Vorfeld der Haushaltsberatungen kurzfristig eine gemeinsame Abstimmung mit Vertretern jeder Fraktion, um zu überlegen, „was gehe und was nicht gehe“.

Anhand eines möglichen Szenarios „Schließung eines Friedhofes“ macht er aber auch deutlich, dass seriös die Sinnhaftigkeit und Effizienz der infrage kommenden Maßnahmen zu prüfen sei. In einem solchen Gespräch gehe es nicht schon um konkrete Entscheidungen, sondern vielmehr um das Spüren des Atems der Fraktionen, in welchem Bereich man zu welchen Maßnahmen bereit sei.

Herr Strausfeld favorisiert den Vorschlag 2 und hält einen Austausch zwischen Verwaltung und den Fraktionen für sinnvoll. Zwar stehe die Kommunalwahl vor der Türe, gleichwohl sei man in der Pflicht, das Wohl der Kommune im Auge zu behalten.

Auch Herr Liene favorisiert für die FDP-Fraktion den Vorschlag 2 und verweist noch einmal auf den Prüfbericht der GPA und das ausgewiesene strukturelle Defizit von 3,2 Mio. Euro. Da bringe es nichts, hier oder da ein paar tausend Euro zu sparen. Es gelte auch, plakativ auf die fehlende finanzielle Unterstützung der Kommunen durch Bund und Land aufmerksam zu machen.

Frau Zorlu erklärt für die SPD-Fraktion, dass man Vorschläge gerne in der genannten Form erarbeiten und gemeinsam formulieren könne. Ungeachtet dessen werde ihre Fraktion aber wie gewohnt Anträge zum Haushalt stellen.

Herr Meeser fragt, welche Summe laufend jährlich einzusparen sei.

Dies, so Herr Strack, sei so einfach nicht zu beantworten. Dies hänge immer von der Gesamtlage ab, so z.B. u.a von den Steuerprognosen.

Frau Droppelmann begrüßt ebenfalls die Option 2 und bittet, den Termin abends festzusetzen. Zudem bittet sie, den Termin ihr mitzuteilen, da Fraktionsvorsitzender Scholz zurzeit noch erkrankt ist.

Schließlich wird vereinbart, dass der Kämmerer einen Termin vorschlägt und dieser vom Ratsbüro an die Fraktionen kommuniziert wird.